DIE INTERNATIONALE POLITIK

1983 / 1984

Jahrbücher der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

R. OLDENBOURG

DIE INTERNATIONALE POLITIK

JAHRBÜCHER
DES FORSCHUNGSINSTITUTS
DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT
FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

DIE INTERNATIONALE POLITIK

1983–1984

Herausgeber

WOLFGANG WAGNER

MARION GRÄFIN DÖNHOFF, GERHARD FELS,

KARL KAISER, PAUL NOACK

Redaktion

ANGELIKA VOLLE

Mitarbeiter

DIETER BENECKE, PETER DANYLOW,
REINHARD DRIFTE, UTE GEIPEL,
JOACHIM GLAUBITZ, ERNST-JÜRGEN HORN,
ARNOLD HOTTINGER, MANFRED KNAPP,
INGO KOLBOOM, GUDRUN KRÄMER,
JOACHIM KRAUSE, HEINRICH-W. KRUMWIEDE,
CITHA D. MAASS, HANNS W. MAULL,
REINHOLD MEYER, KLAUS OTTO NASS,
JÜRGEN NÖTZOLD, PETER NUNNENKAMP,
KLAUS FRHR. VON DER ROPP, LOTHAR RUEHL,
HORST SCHULMANN, GEBHARD SCHWEIGLER,
JOACHIM TZSCHASCHEL, ANGELIKA VOLLE,
GERHARD VOSS, HILDE WANDER

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN 1986

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK E.V., BONN
Adenauerallee 131, Telefon 217021

PRÄSIDIUM

DR. DR. H.C. KURT BIRRENBACH
Ehrenpräsident

GESCHÄFTSFÜHRENDES PRÄSIDIUM

GÜNTER DIEHL
Präsident

HELMUT SCHMIDT
Stellvertr. Präsident

HANS L. MERKLE
Stellvertr. Präsident

ERICH STRAETLING
Geschäftsführender stellvertr. Präsident

DR. F. WILHELM CHRISTIANS
Schatzmeister

PROF. DR. HANS-PETER SCHWARZ
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums

DR. WOLFGANG WAGNER
Herausgeber des »Europa-Archiv«

PROF. DR. KARL KAISER
Direktor des Forschungsinstituts

DR. KLAUS VON DOHNANYI – WALTHER LEISLER KIEP
DR. OTTO GRAF LAMBSDORFF – DR. GERHARD SCHRÖDER

DEM PRÄSIDIUM GEHÖREN FERNER AN

DR. HANS APEL – DR. MARTIN BANGEMANN – BERTHOLD BEITZ
ERNST BREIT – PROF. DR. HORST EHMKE – DR. KLAUS GÖTTE – C. PETER HENLE
PROF. DR. WILHELM KEWENIG – HANS JOACHIM KNIEPS – DR. KLAUS LIESEN
THEO M. LOCH – DR. WOLFGANG RÖLLER – VOLKER RÜHE
DR. WOLFGANG SCHIEREN – PETER M. SCHMIDHUBER – DR. GERHARD STOLTENBERG
HEINZ OSKAR VETTER – DR. THEODOR WAIGEL
HANS-JÜRGEN WISCHNEWSKI – OTTO WOLFF VON AMERONGEN
PROF. DR. JOACHIM ZAHN – DR. FRIEDRICH ZIMMERMANN

WISSENSCHAFTLICHES DIREKTORIUM DES FORSCHUNGSINSTITUTS

PROF. DR. HANS-PETER SCHWARZ (VORS.)
PROF. DR. HANS-ADOLF JACOBSEN (STELLVERTR. VORS.)
PROF. DR. GERHARD FELS – PROF. DR. JOCHEN ABR. FROWEIN
PROF. DR. HELGA HAFTENDORN – PROF. DR. THEODOR HANF
PROF. DR. KARL KAISER – PROF. DR. WILHELM KEWENIG
PROF. DR. NORBERT KLOTEN – PROF. DR. RICHARD LÖWENTHAL
PROF. DR. KARL JOSEF PARTSCH – PROF. DR. CHRISTIAN TOMUSCHAT

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik hat nach ihrer Satzung die Aufgabe, die Probleme der internationalen, besonders der europäischen Politik, Sicherheit und Wirtschaft zu erörtern und ihre wissenschaftliche Untersuchung zu fördern, die Dokumentation über diese Forschungsfragen zu sammeln und das Verständnis für internationale Fragen durch Vorträge, Studiengruppen und Veröffentlichungen anzuregen und zu vertiefen. Sie unterhält zu diesem Zweck ein Forschungsinstitut, eine Dokumentationsstelle und die Zeitschrift „Europa-Archiv – Zeitschrift für internationale Politik". Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik bezieht als solche auf Grund ihrer Satzung keine eigene Stellung zu internationalen Problemen. Die in den Veröffentlichungen der Gesellschaft geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

© 1986 R. OLDENBOURG VERLAG GMBH, München

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege sowie der Speicherung und Auswertung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Werden mit schriftlicher Einwilligung des Verlages einzelne Vervielfältigungsstücke für gewerbliche Zwecke hergestellt, ist an den Verlag die nach §14 Abs. 2 UG zu zahlende Vergütung zu entrichten, über deren Höhe der Verlag Auskunft gibt.

ISBN 3-486-53851-9
Gesamtherstellung: Hans Richarz Publikations-Service, Sankt Augustin

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Die internationale Politik...: Jahrbücher d. Forschungsinst. d. Dt. Ges. für Auswärtige Politik. – München: Oldenbourg
ISSN 0539-158-X
Erscheint zweijährl. – Teilw. mit d. Erscheinungsorten München, Wien. – Erhielt früher e. Einzelbd.-Aufnahme
1981/82 (1984) –

DAS SÜDLICHE AFRIKA IM WANDEL

Von Klaus Frhr. von der Ropp

Schon zur Jahreswende 1982/83 hatte sich abgezeichnet, daß die Republik Südafrika die Geschehnisse im südlichen Afrika nun wieder selbst bestimmte: Die bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre demonstrierte Unfähigkeit der großen westlichen Industrieländer, ihre oft lautstark verkündete Absicht zu verwirklichen, Pretoria zum Rückzug aus Südwestafrika (SWA)/Namibia und zur Aufgabe der Apartheid zu veranlassen, ließ die Regierung in Südafrika den Respekt vor westlicher Politik verlieren. Taten westlicher Staaten waren nämlich nie erfolgt.[1] Die weißen Afrikaner hatten inzwischen erkannt, daß die Westmächte ihre Widerstandskraft unterschätzt und sich kaum Gedanken zu deren Überwindung gemacht hatten; deshalb würden sie mit ihnen ein leichtes Spiel haben.

Eine stärkere Position ergab sich für Pretoria auch aus der Tatsache, daß die Sowjetunion mit Angola und Mosambik zwar seit 1976/77 in Freundschaftsverträgen verbunden war, diesen Staaten im wirtschaftlichen und politischen Bereich aber nicht der Partner sein konnte, den sie in der Auseinandersetzung mit der regionalen Supermacht Südafrika benötigten.[2] Zugleich gelang es der südafrikanischen Regierung, die politischen und insbesondere die sicherheitspolitischen Strukturen ihres Staates den neuen Erfordernissen anzupassen: So verstärkten sie 1981 durch politische Aufwertung des State Security Council – (SSC) früher nur eines von mehreren Kabinettskomitees – deutlich die Rolle der Sicherheitskräfte.[3] Zunehmend sah sich Südafrika in der Lage, seinen Nachbarn seinen Willen aufzwingen zu können.

---

[1] Vgl. zur westlichen Politik der Jahre 1977 bis 1982 Klaus Frhr. von der *Ropp,* Konfliktherde im südlichen Afrika: Rhodesien, Namibia, Südafrika, in: IP 1977/78, S. 269-285; *ders.,* Südafrika und Namibia: Das Scheitern der Friedensinitiativen, in: IP 1979/80, S. 338-357, sowie *ders.,* Chancen eines Neubeginns im südlichen Afrika, in: IP 1981/82, S. 287-307.

[2] Vgl. Wolfgang *Schöller,* Außenwirtschaftliche Neuorientierung Mozambiques. Gründe und allgemeine Bedeutung (SWP- AP 2421), Ebenhausen 1985.

[3] Der SSC bestimmte die Sicherheitspolitik der südafrikanischen Regierung im weitesten Sinn. Ihm gehörten außer den Ministern der wichtigsten Ressorts die Oberkommandierenden der Teilstreitkräfte, der Polizei und der Nachrichtendienste an. Vgl. dazu Deon *Geldenhuys* und Hennie *Kotze,* Aspects of Political Decision-Making in South Africa, in: *The South African Journal of Political Science,* Juni/Juli 1983, S. 33-45; Kenneth W. *Grundy,* The Rise of the South African Security Establishment. An Essay on the Changing Locus of State Power (South African Institute of International Affairs – SAIIA -), Johannesburg 1983.

NEUE ELEMENTE DER AUSSENPOLITIK SÜDAFRIKAS

Die Regierung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan hatte sich gleich nach Amtsantritt von der Vorstellung der Carter-Regierung distanziert, nach der auch in Südafrika ein System des Ein-Mensch-eine-Stimme eingeführt werden müsse. Sie war der Meinung, daß die Südafrikaner selbst eine Lösung für ihre Probleme finden müßten. Dies war bekanntlich stets die Linie Großbritanniens und Frankreichs gewesen. Wichtig war für Pretoria und seine Kritiker auch, daß Außenminister Hans-Dietrich Genscher nach dem Regierungswechsel in Bonn um Kontinuität in der westdeutschen Außenpolitik bemüht blieb. Die frühere Bundesregierung hatte politisch keinen Unterschied zwischen den Problemen SWAs/Namibias und Südafrika gemacht; sie hatte für beide Länder das System des Ein-Mensch-eine-Stimme in einem Staat gefordert.[4] Für die Fortführung dieser Politik setzte sich Genscher um so vehementer ein, weil er sie im Einvernehmen mit den Fraktionen von SPD und FDP, aber gegen allerhand Zweifel im Kabinett,[5] zu einem guten Teil persönlich formuliert hatte. Hier vermochte sich der Bundesaußenminister jedoch nicht gänzlich durchzusetzen. Die neue Bundesregierung blieb zwar bei der eindeutigen Ablehnung der Apartheid, suchte jedoch nach einer neuen Ordnung, die, anders als eine bloße Machtumkehr, der Komplexität der südafrikanischen Situation eher gerecht würde.[6]

Die Europa-Reise Bothas

Vor allem die Erfolge Pretorias in seinem regionalen Umfeld trugen dazu bei, daß der südafrikanische Ministerpräsident Pieter Willem Botha an der Spitze einer hochrangigen Delegation vom 29. Mai bis zum 13. Juni 1984 acht westeuropäische Staaten besuchte. Doch wußte ein konservativer

---

[4] Vgl. hierzu auch von der *Ropp,* Chancen eines Neubeginns, a.a.O. (Anm. 1), S. 290-292.

[5] Bundeskanzler Helmut Schmidt und andere Sozialdemokraten suchten nach einer Lösung auf der Linie des Bundesgeschäftsführers der SPD, Egon Bahr, die dieser in einem Interview mit dem *Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt,* 10.7.1977, S. 8, dargelegt hatte. Er forderte dazu auf, „ein bisher unbekanntes Modell des gleichberechtigten Zusammenlebens mit besonderem Schutz für Minderheiten" in Südafrika zu entwickeln. Bundesminister Otto Graf Lambsdorff, der stets gute Kontakte zu der liberalen PFP unterhielt, suchte im Einklang mit dem Wahlkampfprogramm der FDP von 1980 für Südafrika nach einer von den schwarzen und weißen Afrikanern auszuhandelnden „neuen Ordnung, die das Selbstbestimmungsrecht der Mehrheit wie auch die Absicherung des Existenzrechts der Minderheiten als voneinander abhängige Elemente" enthalten müsse.

[6] Vgl. dazu die (späte) Antwort der Bundesregierung, abgedruckt in: Deutscher Bundestag, Drucksache 10/833 vom 21. 12. 1983, S. 1-20, auf die Große Anfrage der SPD im Bundestag, abgedruckt in: *Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion,* 6.7.1983, S. 1-5.

gewordenes Westeuropa auch seine Reformen in Südafrika selbst zu schätzen. Eine besondere Rolle spielte beim Zustandekommen der Reise die Bonner Regierung. Denn erst nachdem die Bundesrepublik, im Anschluß an die Regierung in Lissabon, die südafrikanische Delegation eingeladen hatte, folgten London, Brüssel, Rom, Bern, Wien und der Vatikan. Im schwarzen Afrika wie auch unter den schwarzen Südafrikanern und Namibianern war der Argwohn verbreitet, Pretoria werde jetzt zu den besuchten Staaten wieder normale zwischenstaatliche Beziehungen herstellen können. In Wirklichkeit führte die Reise Bothas jedoch nur dazu, daß Südafrika für einige wenige Wochen seinen „Paria"-Status abschütteln konnte.

Vom 4. bis 6. Juni besuchte der südafrikanische Regierungschef die Bundesrepublik Deutschland. Es war dies das erste Mal überhaupt, daß ein südafrikanischer Regierungschef der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch abstattete. Aus Rücksichtnahme auf die vielen deutschen und afrikanischen Kritiker dieses Besuchs, insbesondere auf den entsprechenden Widerstand kirchlicher Kreise gegen den Empfang Bothas durch den Bundeskanzler, verlief der Empfang durch Helmut Kohl frostig. Die weißen Südafrikaner empfanden ihn obendrein als demütigend.[7] Festzuhalten von diesem Besuch ist der Vortrag, den Botha vor den Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn hielt.[8] Hier sprach der Architekt der Pax Pretoriana[9] für das südliche Afrika, „das es schon lernen werde, mit der Apartheid zu leben". Im Zentrum dieser Friedensordnung stand das neue Verhältnis Pretorias mit Mosambik.

Das Abkommen von Nkomati mit Mosambik

Seit Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit im Juni 1975 hatte Mosambik die bestehende vielfältige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika fortgeführt.[10] Zugleich übernahm es jedoch die Rolle der afrikanischen Vorhut im Ringen um den Sturz der weißen Regierung in Pretoria. So

---

[7] Demonstrativ wurden die Sitzmöbel im Bundeskanzleramt, auf denen der Bundeskanzler und seine ausländischen Gäste für gewöhnlich Platz nahmen, herausgetragen. Anschließend hieß der Kanzler seinen Gast im Stehen und ohne Handschlag willkommen.

[8] Der Vortrag (Peace Initiatives in Southern Africa) ist abgedruckt in: *South Africa International,* Oktober 1984, S. 66-72.

[9] Vgl. hierzu Theodor *Hanf,* Konflikte im südlichen Afrika, in: Karl *Kaiser* und Hans-Peter *Schwarz* (Hrsg.), Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn 1985, S. 651-662; Heribert *Adam* und Stanley *Uys,* Eight New Realities in Southern Africa, in: Center for Strategic and International Studies, *CSIS Africa Notes,* 28.2.1985, S. 1-8; Klaus Frhr. von der *Ropp,* Afrikas Süden im Zeichen der Pax Pretoriana, in: *Außenpol,* 4/1984, S. 419-433.

[10] Vgl. hierzu Franz-Wilhelm *Heimer,* Die Beendigung der portugiesischen Kolonialherrschaft, in: IP 1975/76, S. 249-274.

unternahmen etwa die Widerstandskämpfer des African National Congress (ANC) von hier aus Terrorakte gegen Ziele in Transvaal und Natal. Im Gegenzug unterstützte Pretoria die mosambikanische Widerstandsbewegung Resisténcia Nacional Mocambicana (Renamo). Diese war 1976 von der rhodesischen Regierung aus den Kreisen abgehalfterter ziviler und militärischer Kollaborateure Portugals[11] sowie von Frelimo-Mitgliedern gegründet worden, die von den Ergebnissen der Revolution enttäuscht waren. Nach der Entlassung Simbabwes in die Unabhängigkeit nahm sich Südafrika ihrer an und baute sie zu einem für die Regierung in Maputo gefährlichen Machtfaktor auf. Dabei waren die Hunderttausende portugiesischer Flüchtlinge („retornados")[12] in Südafrika, aber auch in Portugal selbst, in Brasilien und in Malawi eine wichtige Stütze. Deren Einfluß kam auch in dem nicht von Afrikanern formulierten politischen Programm der Renamo zum Ausdruck: Forderungen nach Einführung eines westlich-demokratischen Systems und auch nach Wiedereinsetzung der „retornados" in ihre früheren Rechte wurden laut.

Auch die Mosambik in Freundschaftsverträgen verbundene UdSSR sowie weitere RGW-Staaten, hier vor allem die DDR und Bulgarien, vermochten nicht zu verhindern, daß Renamo Maputo in allen zehn Provinzen des Landes erfolgreich bekämpfte und Südafrika im Mai 1983 abermals Dienststellen des ANC in Maputo angriff. Es zeichnete sich immer mehr die Gefahr der Desintegration Mosambiks ab.[13]

Es war die desolate Sicherheitslage, die Mosambik nach über einjährigen Geheimverhandlungen am 16. März 1984 mit Pretoria in dem Grenzort Nkomati das „Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen" unterzeichnen ließ.[14] Maputo und Pretoria verpflichteten sich darin, ihr Territorium nicht mehr für Aktivitäten zur Verfügung zu stellen, die die Sicherheit des Vertragspartners berührten („Antisubversionspakt"). Die Kritik großer Teile des schwarzen Afrikas an dem „Verrat" Mosambiks war vehement, obwohl dies angesichts der großen Notlage, aus der heraus Mosambik handelte, oft nicht öffentlich ausgesprochen wurde.[15] Kritisiert wurde u.a., daß Mosambik ohne vorherige Konsultationen mit dem ANC, der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) und den Frontstaaten gehan-

---

[11] Daß dem neuen Regime hier Gefahr drohte, war bereits Mitte der siebziger Jahre absehbar. Vgl. Klaus Frhr. von der *Ropp*, Das veränderte Kräftespiel im Süden Afrikas, in: *Außenpol.*, 1/1975, S. 56-72.

[12] Die Unterstützung für die „retornados" reichte bis weit in die Sozialistische und die Sozialdemokratische Regierungspartei.

[13] Dazu Andreas *Kohlschütter*, Eine Leere voll Hunger und Blut, in: *Die Zeit*, 22.3.1985.

[14] Abgedruckt in: *EA*, 16/1984, S. D 469-472.

[15] Vgl. beispielsweise das Kommuniqué über die Tagung der Staats- und Regierungschefs der „Frontstaaten" im südlichen Afrika in Arusha am 29.4.1984, abgedruckt in: ebd., S. 479-481.

delt hatte. Auf heftige Kritik stieß auch, daß Maputo anerkannte, Südafrika sei ein souveräner Staat und von daher handele es sich bei der Apartheid-Problematik um Bürgerrechtsfragen und nicht um ein Kolonialproblem.[16] Der Abschluß des Vertrags stieß aber auch im weißen Südafrika auf Kritik. Die Konserwatieve Party (KP) und die Herstigte Nasionale Party (HNP) sahen in ihm einen „Kniefall" Pretorias vor Moskau. Sie sorgten dann im Einvernehmen mit den „retornados" dafür, daß die Renamo direkt aus Südafrika und auf dem Umweg über die Komoren und Malawi weiterhin tatkräftig unterstützt wurde.

Im Gegensatz dazu wies Maputo den ANC bis auf die Angehörigen von dessen diplomatischer Mission außer Landes. Damit erlangte Südafrika mehr Sicherheit. Die Regierung in Maputo hingegen kam aufgrund immer neuer Überfälle, Sabotageakte, der Entführung ausländischer Entwicklungsexperten und Missionare sowie Kämpfen in allen Landesteilen in noch größere Schwierigkeiten. Jetzt war die mosambikanische Regierung sogar bereit, unter Vermittlung Südafrikas „Friedensgespräche" mit der Renamo zu führen. Anfängliche Erfolge zeigten sich Anfang Oktober 1984 mit der Unterzeichnung der Deklaration von Pretoria.[17] Dennoch scheiterten die Gespräche. Die Vertreter der Renamo, so stellte sich später heraus, hatten kein Verhandlungsmandat gehabt, sie war eben, anders als etwa UNITA, eine disparate Bewegung.

Später wurde bekannt, daß Pretoria und Swasiland schon 1982 einen analogen Vertrag geschlossen hatten.[18] Leidtragender war auch hier der ANC, der von den Behörden in Mbabane mit Waffengewalt gezwungen wurde, Swasiland zu verlassen. Hingegen scheiterte Pretoria in seinem Bemühen, auch mit Botsuana, wo der ANC stark vertreten war, und Lesotho Antisubversionspakte abzuschließen.

DIE ENTWICKLUNGEN IN DER REPUBLIK SÜDAFRIKA

Die Entscheidung über die Verfassungsreform

Schon Ende 1976 hatte die südafrikanische Regierung ein Kabinettskomitee eingesetzt, das unter Leitung von Verteidigungsminister Botha Überlegungen zu „möglichen und wünschenswerten Anpassungen der bestehenden

[16] Vgl. dazu Klaus Frhr. von der *Ropp,* Südafrika zwischen friedlichem Ausgleich und Gewalt, in: IP 1975/76, S. 296-313, hier S. 307, Anm. 16.

[17] Abgedruckt in: *Africa Research Bulletin* (Political Social and Cultural Series), 8/1984, S. 7397.

[18] Der Text mitsamt der einschlägigen Korrespondenz ist abgedruckt in: *Southern Africa Record,* Nr. 36, S. 3-8.

Verfassungsordnung... in bezug auf das politische System der Gemeinschaften der Mischlinge und der Inder"[19] anstellte. Das Geschehen in Südafrika wurde in den Jahren 1983/84 zu einem guten Teil durch die Implementierung der in den Jahren zuvor erarbeiteten neuen Verfassung bestimmt.

Anfang November 1983 stimmten zwei Drittel der Weißen der neuen Verfassung in einem Referendum zu. In treffender Einschätzung ihrer überwiegend ablehnenden Haltung sah Pretoria davon ab, auch unter den Mischlingen und den Indern Referenden abzuhalten. In die Nein-Stimmen teilten sich die Anhänger der KP und der HNP, die der Beibehaltung des Status quo das Wort redeten, und die der liberalen Progressive Federal Party (PFP), die die Außerachtlassung der Schwarzen (über 70 Prozent der Gesamtbevölkerung) bei der Neugestaltung der Verfassung anprangerte. Sie warnte, daß die neue Verfassung das Land in Chaos stürzen werde. Die Anhänger von KP und HNP, auf die die meisten Nein-Stimmen entfielen, hatten eigentlich keinen Grund zur Sorge, denn die neue Verfassung rührte mit ihrem Drei-Kammer-System nicht an das Monopol weißafrikanischer Macht. Ihre zentralen Strukturen waren eindeutig.[20] In der Praxis würde der mit großer Macht ausgestattete, nur indirekt gewählte Staatspräsident – sein Amt wurde neu geschaffen – immer ein weißer Afrikaner sein. Zwar sollten die drei Kammern des Parlaments (House of Assembly der Weißen sowie die neuen House of Representatives der Mischlinge und House of Delegates der Inder, die in der Regel in getrennten Sitzungen tagten) grundsätzlich im Konsens entscheiden; jedoch würde der mehrheitlich mit Weißen besetzte Präsidialrat immer dann das letzte Wort haben, wenn die drei Kammern Einvernehmen nicht zu erreichen vermochten.

Im In- und Ausland wurde die Auffassung vertreten, die Regierung werde nach einem Sieg in dem Referendum ihre Pläne („hidden agenda") zugunsten der künftigen verfassungsrechtlichen Stellung der Schwarzen bekanntgeben. Das geschah jedoch nicht, da es eine solche versteckte Agenda gar nicht gab. So wurde die bisherige Politik fortgeführt: Die „unabhängigen" Reservate der Schwarzen und die Republik Südafrika sollten eine Konföderation von Staaten des südlichen Afrikas bilden. Was die im „weißen" Südafrika lebenden schwarzen Südafrikaner (etwa 15 Millionen) anbelangte, so galt folgendes: Gemäß dem Black Local Authorities Act wurden im Dezember 1983 in über 100 schwarzen Vorstädten („townships") autonome Stadträte gewählt. Delegierte aus deren Reihen sollten später mit jenen aus den Stadträten der weißen, gemischtrassigen und indienstämmigen Gemeinden in den „Regional Service Councils" beispielsweise über Fragen der Regionalpla-

---

[19] Zit. nach: South African Institute of Race Relations (Hrsg.), A Survey of Race Relations in South Africa 1976, Johannesburg 1977, S. 7-10.

[20] Dazu Robert von *Lucius*, Von der Alleinherrschaft zur Vorherrschaft, in: *FAZ*, 31.1.1983, S. 12; Arend *Lijphart*, Power Sharing in South Africa, Berkeley 1985.

nung entscheiden. Was die Mitwirkung dieser Schwarzen auf der höchsten politischen Ebene anbelangte, so äußerte ein ausgeprägt liberaler Parlamentarier der regierenden Nasionale Party, Christoffel J. van der Merve: „Die ‚einfache' Lösung einer vierten Kammer... ist rundweg abgelehnt worden... die Strukturen werden sich stark von denen des bestehenden Drei-Kammer-Parlaments unterscheiden...".[21] Wenn die Regierung hier überhaupt schon Vorstellungen hatte, so waren sie vage; Pretoria war hier ratlos. Es war jedoch anzunehmen, daß man den Schwarzen, auch im Vergleich zu den Braunen, nur eine Stellung minderen Rechts einzuräumen bereit war.

Die Reaktionen auf die neue Verfassung

Die drei nichtweißen Bevölkerungsgruppen machten in Wahlen deutlich, wie sie zu der neuen Verfassungsordnung standen. An den Wahlen zu den schwarzen Stadträten beteiligten sich circa 11 Prozent der Wahlberechtigten. Nur knapp 18 Prozent bzw. kaum 16 Prozent der wahlberechtigten Mischlinge und Inder nahmen im August 1984 an den Wahlen zu ihren Kammern teil. Hier war neben Apathie und Einschüchterung vehemente Opposition gegen eine nach wie vor als ungerecht empfundene Ordnung am Werk. Träger der militanten Opposition waren die im August 1983 von Pastor Allan Boesak gegründete multirassische United Democratic Front (UDF) und das wenige Monate ältere, ausschließlich schwarze National Forum (NF). Daneben spielte nach wie vor die sich weitgehend aus Zulus rekrutierende Inkatha-Bewegung Gatsha Buthelezis eine wichtige Rolle. Zur UDF, in der Inder und auch Weiße wichtige Führungsrollen bekleideten, gehörten an die 400 politische und religiöse Gruppen, Bürgerrechts-, Frauen und Sportlerorganisationen, eine nicht kleine Zahl von Einzelgewerkschaften und auch gewerkschaftliche Dachverbände.[22] Nicht nur die Behörden in Pretoria waren der Meinung, daß wichtige Teile der UDF dem ANC nahestünden. Im NF machte sich nur die – militante – Azanian People's Organisation (Azapo) einen Namen; sie stand dem seit fast einem Vierteljahrhundert verbotenen Pan Africanist Congress (PAC) nahe.

Die Präambel der neuen, die Apartheid festschreibenden Verfassung berief sich auf die „demütige Unterwerfung unter den Allmächtigen Gott" und

---

[21] ... en wat van die swartmense?, hrsgg. vom Federale Inligtingsdiens van die Nasionale Party, Kapstadt 1985, S. 7/8. Vgl. dagegen Lawrence *Schlemmer*, South Africa's Crisis. The Need for Fundamental Solutions, in: *Indicator South Africa* (Durban), Winter 1985, S. 1-6.

[22] Eine Liste der Gründungsmitglieder findet sich in: South African Institute of Race Relations (Hrsg.), Survey of Race Relations in South Africa 1983, Johannesburg 1984, S. 68-69.

„christliche und zivilisierte Maßstäbe". Für die Mehrheit der schwarzen Christen aber war die praktizierte Apartheid ganz unvereinbar mit dem Christentum. So konnte es nicht verwundern, daß die Kirchen immer mehr zu Zentren des entschiedenen Widerstands der Schwarzen wurden. In der Außenwelt wurde viel zu wenig beachtet, daß die weitaus meisten weißen Mitglieder der im South African Council of Churches (SACC)[23] organisierten Kirchen weit davon entfernt waren, diese Einschätzung zu teilen. Ähnlich ging es nicht wenigen braunen Christen. So mußte eine Ende Juni 1984 im SACC ergriffene Initiative, der SACC möge sich in seiner Gesamtheit als Bekennende Kirche (belydende kerk) konstituieren, scheitern.[24] Dasselbe galt für den Versuch eines der Vize-Präsidenten des SACC, Boesak, den SACC beschließen zu lassen, „einen Tag des Gebets für den Sturz dieser ungerechten Regierung" auszurufen.

Südafrika am Vorabend der Revolution?

Ab August 1984 intensivierten sich die Akte des Widerstands und des beiderseitigen Terrors: Unterrichtsboykotte schwarzer und brauner Schüler und Studenten, Demonstrationen und Anschläge, die von UDF, ANC und Azapo begangen wurden und zum Ziel hatten, möglichst große Teile Südafrikas „unregierbar" zu machen. Vor allem im östlichen Kap waren Polizisten, Mitglieder der Stadträte und andere Kollaborateure Ziel erbarmungsloser Angriffe durch junge Revolutionäre und auch durch Kriminelle, die in wachsendem Maß die Gunst der Stunde für Morde, Raubzüge und Brandstiftungen nutzten. In manchen schwarzen Vorstädten herrschte Anarchie. Ab Oktober 1984 setzte Pretoria neben der Polizei auch die Streitkräfte des Landes zur Niederschlagung der Aufstände ein. Das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte löste im In- und Ausland scharfe Kritik aus: Demonstranten wurden durch Schüsse in den Rücken getötet, ungezählt waren die Fälle der von Polizisten und Soldaten begangenen Vergewaltigungen und willkürlichen Tötungen, der Folterung sowie der Verhaftung und Inhaftierung von Kindern, deren Eltern nicht informiert wurden. Die Aufstände erreichten ein wichtiges Ziel: Viele der schwarzen Kollaborateure legten ihre Ämter nieder oder flohen in die Kasernen der Weißen. Wer beides nicht tat, lief Gefahr, inmitten johlender Mengen, in einigen Fällen mitsamt seinen Angehörigen, bei lebendigem Leib verbrannt zu werden.

Ein politischer Streik, an dem Anfang November 1984 Hunderttausende vor allem schwarzer Arbeiter im Transvaal teilnahmen, war ein neuer Faktor des Widerstands. Hier handelten erstmals Schüler-/Studentenorganisationen,

---

[23] Außer den weißen Reformierten Kirchen sind alle großen Kirchen Mitglieder des SACC; die Katholische Kirche hat allerdings nur Beobachterstatus.

[24] Vgl. Carina *Le Grange,* SACC National Conference, in: *Ecunews,* Juni/Juli 1984, S. 22-23.

Bürgerrechtsbewegungen und Gewerkschaften zusammen; die gemeinsame Mitgliedschaft in der UDF trug erste Früchte. Ende 1984 kam Hoffnung auf, die Regierung könne den seit über 20 Jahren inhaftierten früheren ANC-Vorsitzenden Nelson Mandela freilassen, den ANC als politische Partei wieder zulassen und auch mit ihm verhandeln. Doch noch waren weder Pretoria noch der ANC bereit, Abstriche von ihren Maximalforderungen zu machen.

DIE ZUKUNFT SÜDWESTAFRIKAS/NAMIBIAS

Schon im Januar 1983 erlitten die Bemühungen um eine interne Lösung für SWA/Namibia einen gewissen Rückschlag. Auf Betreiben Pretorias trat die seit Juli 1980 amtierende, von der Demokratischen Turnhallen Allianz (DTA) unter Dirk Mudge geführte Übergangsregierung in Windhoek zurück. Auch erlosch um diese Zeit das Mandat der im Dezember 1978 gegen den Willen der westlichen Kontaktgruppe[25] gewählten, von der DTA dominierten Nationalversammlung, ohne daß Neuwahlen stattfanden. Pretoria war zu der Einsicht gekommen, daß die DTA politisch bedeutungslos sei. Von nun an lagen auch formell alle Exekutiv- und Legislativbefugnisse wieder bei dem von Südafrika eingesetzten, in Windhoek residierenden Generaladministrator.

Die Rolle der westlichen Kontaktgruppe

Die Arbeit der Kontaktgruppe war nicht frei von Schwierigkeiten. Bekanntlich spielten die Regierungen in Bonn und Ottawa in ihr schon seit längerem nur noch marginale Rollen.[26] Die mit afrikanischen Fragen vertrauten Regierungen in London und Paris hingegen wurden von der jetzt allein noch von Pretoria angehörten federführenden Administration in Washington intensiv konsultiert. Der amerikanische Unterstaatssekretär für afrikanische Angelegenheiten, Chester A. Crocker (ein ausgewiesener Kenner der Materie), blieb bemüht, zwischen Washington und Pretoria jenes Minimum an wechselseitigem Vertrauen wiederherzustellen, das für einen friedlichen

[25] USA, Bundesrepublik Deutschland, Kanada, Großbritannien und Frankreich.

[26] Vgl. von der *Ropp*, Chancen eines Neubeginns, a.a.O. (Anm. 1).

Wandel in Südafrika und SWA/Namibia unabdingbar war.[27] Es stellte sich aber heraus, daß alle Kontaktgruppen-Partner der USA, wie übrigens auch das gesamte schwarze Afrika, das von Washington ins Spiel gebrachte und von Südafrika gutgeheißene „Cuban linkage" ablehnten: Sie stellten sich gegen die Verknüpfung der Räumung SWAs/Namibias durch Südafrika mit dem Abzug des circa 30 000 Mann starken kubanischen Expeditionskorps aus Angola.[28] Frankreich, das schon früher gelegentlich seine eigenen Wege gegangen war,[29] suspendierte wegen dieser Meinungsverschiedenheit im Dezember 1983 seine Mitarbeit. Die westlichen und afrikanischen Kritiker dieser Politik Crockers vermochten allerdings nicht zu sagen, wie sie den Dialog zur Realisierung der schon seit September 1978 vorliegenden UN-Resolution 435 mit Pretoria wieder in Gang bringen wollten.

Zwei zusätzliche Entwicklungen belasteten 1983 und 1984 vor allem die Stellung Bonns in der Kontaktgruppe. Zunächst konnten sich die Parteien der neuen CDU/CSU/FDP-Koalition lange Zeit nicht über die künftige SWA/Namibia-Politik (und auch über die Südafrika-Politik) einigen.[30] Es war von daher nicht sicher, ob die neue Bundesregierung nach wie vor zur Resolution 435 stand. Klarheit entstand erst nach vielen Monaten: Im Juli 1983 richtete die SPD eine Große Anfrage an die Bundesregierung, die diese

---

[27] Zur Politik der USA gegenüber dem südlichen Afrika vgl. vor allem die Rede des amerikanischen Außenministers George P. Shultz vor dem National Press Club in Washington am 16.4.1985, abgedruckt in: *EA*, 12/1985, S. D 327-334; ferner: Eagleburger Spells out the US View on Change and Peace in Southern Africa, in: *South Africa Foundation News*, (hrsgg. von SA Foundation, Johannesburg), August 1983, S. 2-3; Chester A. *Crocker*, Constructive Engagement: Yes, in: *Foreign Service Journal*, Februar 1984, S. 26-30; ferner: Crocker Discusses U.S. South Africa Policy, in: *Wireless Bulletin*, 27.9. 1984, S. 3-11; Frank *Wisner*, Southern Africa: An American Perspective Today, in: *South Africa International*, Januar 1984, S. 467-475.

[28] Eine solche „Flurbereinigung" war Crocker aus innenpolitischen Gründen wichtig. Ferner sah er in ihr zu Recht eine gegenüber Pretoria Vertrauen bildende Maßnahme. Vgl. hierzu auch von der *Ropp*, in: IP 1981/82, a.a.O. (Anm. 1), S. 296 f.

[29] So hatte Frankreich, anders als seine vier Partner, den Fehlschlag der SWA/Namibia-Konferenz vorhergesehen und nicht den Außenminister, sondern nur den Staatssekretär im Oktober 1978 nach Pretoria entsandt.

[30] Der bei den Bundestagswahlen am 6. März 1983 bestätigte Regierungswechsel in Bonn löste in Pretoria Hoffnungen aus, denn in den vorangegangenen Jahren hatten vor allem die CSU, aber auch bedeutende Teile der CDU die SWA/Namibia- und Südafrika-Politik der sozialliberalen Bundesregierung vehement bekämpft. Diese Erwartungen schienen sich zu bestätigen, als der Wortlaut eines angeblich von CDU und CSU, in Wahrheit aber wohl nur von der CSU, gebilligten Papiers für die Koalitionsgespräche mit der FDP bekannt wurde. Die bisherige Bonner Politik gegenüber Südafrika, die bis in viele Einzelheiten hinein von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher persönlich gestaltet worden war, wurde hier in Bausch und Bogen verdammt und zurückgewiesen und einer Unterstützung der Reformpolitik der südafrikanischen Regierung das Wort geredet. Fälschlicherweise meinte Pretoria daraus ableiten zu können, daß sich aufgrund dieses Papiers die politischen Beziehungen zwischen Südafrika und der Bundesrepublik wieder normalisieren ließen. (Vgl. *FR*, 30.3.1983, S. 10.)

erst nach einem bitteren Koalitionsstreit im Dezember 1983 zu beantworten vermochte.[31] In ihrer Antwort bekannte sich die Bundesregierung dann allerdings ohne Vorbehalte zur Resolution 435. In der Folgezeit schwelte der Streit darüber gleichwohl fort, und zwar nicht nur zwischen CSU und FDP, sondern auch innerhalb der CDU und auch innerhalb der FDP.

Die erneute Vorbereitung einer internen Lösung

Ab November 1983 unternahmen die Machthaber in Pretoria/Windhoek einen weiteren Versuch, unter Umgehung der Resolution 435 eine Regelung des SWA/Namibia-Konflikts zustande zu bringen. Südafrika, das um diese Zeit durch eine der schwersten Rezessionen seiner Wirtschaftsgeschichte ging, mußte bemüht sein, die hohen Kosten für den Krieg und die Verwaltung des im Grunde bettelarmen und nur sehr begrenzt entwicklungsfähigen SWAs/Namibias[32] abzuschütteln. Es war jedoch nicht bereit, seiner völkerrechtlichen Pflicht nachzukommen und hier gemäß Resolution 435 zu verfahren, denn die darin vorgesehenen allgemeinen Wahlen hätte die Befreiungsbewegung SWAPO, die mit Abstand stärkste politische Formation des Landes, haushoch gewonnen. Wie zuvor in Mosambik und Angola (1975) sowie in Simbabwe (1980) würden dann in einem weiteren Land im Umfeld Südafrikas die radikalen schwarzen Nationalisten die alleinige Regierungsverantwortung übernehmen. Wieder würden weiße Afrikaner, darunter diesmal Zehntausende von südafrikanischen Staatsbürgern, nach Südafrika abwandern oder gar fliehen. Wieder würde ein Land binnen kurzem wirtschaftlich in den Ruin geführt werden.

Ein Wahlsieg der SWAPO würde zudem den militanten Widerstandsgruppen in Südafrika neuen Auftrieb geben und den extrem konservativen weißen Oppositionsparteien KP und HNP weitere Wähler zuführen. So lag es in der Logik südafrikanischer SWA/Namibia-Politik, daß Pretoria eine Initiative des Vorsitzenden der damals noch nicht gespaltenen South West African National Union (SWANU), Moses Katjiuongua, unterstützte, als er im Herbst 1983 die Parteien des Landes zu einer Viel-Parteien-Konferenz (VPK) zusammenrief. Die SWAPO und einige weniger wichtige Parteien, die gleichfalls zur Resolution 435 standen, ignorierten diesen Aufruf. Ihn befolgten dagegen der Damara Council, die SWAPO-Democrats des SWAPO-Dissidenten Andreas Shipanga, die Demokratische Turnhallen Allianz,

---

[31] Vgl. hierzu Fußnote 6.

[32] Zu den prekären Wirtschafts- und Sozialdaten des Landes vgl. André du *Pisani*, Namibia. The Political Economy of Transition, in: *South Africa International*, Januar 1985, S. 150-156, und Wolfgang *Schneider-Barthold*, Namibia, in: Dieter *Nohlen* und Franz *Nuscheler* (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5, Hamburg 1982, S. 466-485.

die Rehoboth Liberation Front sowie die Nasionale Party van Suidwes-Afrika, die Schwesterpartei der in Pretoria herrschenden Nasionale Party van Suid-Afrika (NP). Außer der letzteren hatten sie alle nur wenige Mitglieder.

Die VPK war ein Bündnis stark heterogener Kräfte. Von Nachteil war für sie ferner, daß sich 1984 der relativ wichtige Damara Council sowie gefolgschaftsstarke Spitzenfunktionäre der SWANU von ihr ab- und der SWAPO zuwandten. Mit der vorzeitigen Entlassung des nahezu zwei Jahrzehnte lang auf der Gefangeneninsel Robben Island inhaftierten führenden SWAPO-Mitglieds Andimba Toivo Ja Toivo im März 1984 verband Pretoria die Hoffnung, die SWAPO spalten und einen kooperationsbereiten Flügel in die VPK einbinden zu können. Der Spaltungsversuch mißlang. Trotz ihrer eklatanten Schwächen arbeitete die VPK ab Februar 1984 Pläne für die Nominierung einer Nationalversammlung und die Einsetzung einer Übergangsregierung aus.

Neue diplomatische Initiativen der USA

Die USA und ihre Verbündeten blieben um die Implementierung der Resolution 435 bemüht. Bei einem Besuch in Pretoria Ende August 1983 wurde UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar bedeutet, nur noch die Präsenz der Kubaner stünde dem entgegen. Allerdings war es nicht nur die allgemeine Schwäche der Regierung in Luanda, die diese bewog, an deren Anwesenheit festzuhalten. Die seit eh und je gefolgschaftsstarke angolanische Befreiungsbewegung UNITA verzeichnete zunehmende militärische Erfolge.[33] Ihre von Südafrika finanzierten Lager im (namibischen) Caprivi-Zipfel wie auch die sonstige Unterstützung durch Südafrika hatten die UNITA zu einem starken Gegner werden lassen. Nur die Präsenz der Kubaner hielt Südafrika davon ab, härter gegen die Lager des African National Congress (ANC) in Angola vorzugehen. Die Operation Askari vom Dezember 1983 (der sogar ein sowjetisch-südafrikanischer Meinungsaustausch vorausgegangen war) zeigte einmal mehr, daß die South African Defense Forces nicht zögerten, die SWAPO (und den ANC) und deren Verbündete völkerrechtswidrig auch jenseits der eigenen Grenzen zu verfolgen.

Im Februar 1984 erfuhr eine erstaunte Öffentlichkeit, daß es den USA (unter Hinzuziehung portugiesischer Mittler) gelungen war, den Abschluß eines Vertrags über den Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Angola

---

[33] Dazu Peter *Sidler*, Die Unita zwischen Hammer und Amboß? Langer Schatten Namibias, in: *NZZ*, 15.11.1984, S. 3-4.

zu vermitteln.[34] Es wurde vereinbart, daß die SWAPO und die kubanischen Truppen daraus keinen Vorteil für sich ableiten durften. In den folgenden Wochen bekämpften angolanische und südafrikanische Angehörige der „Joint Monitoring Commission", die die Einhaltung des Abkommens überwachte, gemeinsam die den Vertrag mißachtenden SWAPO-Widerstandskämpfer. Sie lösten damit überall im schwarzen Afrika Entsetzen aus: Einer der Frontstaaten, Angola, kämpfte jetzt gemeinsam mit dem südafrikanischen „Rassistenregime"! Es wären die Aktivitäten der SWAPO und deren People's Liberation Army im Süden Angolas, die dafür sorgten, daß die Abzugsbewegung der Südafrikaner erst Mitte 1985 abgeschlossen wurde.

Einen weiteren diplomatischen Erfolg verbuchten die USA, als im Mai 1984 unter dem gemeinsamen Vorsitz des sambischen Staatspräsidenten Kenneth D. Kaunda und des Generaladministrators für SWA/Namibia, Willie van Niekerk, in Lusaka eine SWA/Namibia-Konferenz stattfand.[35] Erstmals nahm jetzt, wenn auch von der SWAPO ignoriert, mit der VPK eine zweite Delegation aus SWA/Namibia an einer internationalen Konferenz teil. Der u.a. von der UN-Vollversammlung der SWAPO seit Jahr und Tag eingeräumte Alleinvertretungsanspruch wurde damit erschüttert. Eine Einigung über den Abschluß eines Waffenstillstands kam nicht zustande, da sich die Konferenzteilnehmer nicht über das Verfahren einigen konnten, nach dem anschließend SWA/Namibia unabhängig werden sollte. Die SWAPO und Teile der VPK bestanden auf den in Resolution 435 vorgesehenen freien Wahlen. Die übrige VPK forderte dagegen die Eingliederung der SWAPO in eine Übergangsregierung, womit Wahlen zumindest fürs erste obsolet gewesen wären.

Auch nach dem Scheitern dieser Konferenz gab es, vor allem dank sambischer Mittler, eine Fülle von Kontakten zwischen den Unterhändlern der SWAPO und Pretorias. Sie wurden um so wichtiger, als Angola ein Interesse daran bekundete, über eine Verminderung der kubanischen Präsenz mit Havanna zu verhandeln. Die im November 1984 bekannt gewordenen Positionen Pretorias und Luandas[36] machten jedoch deutlich, daß sie inkompatibel waren. Pretoria hatte weiterhin einen „Parallelismus" vor Augen. Luanda dagegen machte den noch nicht vollständigen, graduellen Abzug der Kubaner vor allem davon abhängig, daß zuvor mit der Verringerung des südafrikanischen Truppenkontingents in SWA/Namibia und der

---

[34] Vgl. hierzu die Dreiseitige Erklärung der Volksrepublik Angola, der Republik Südafrika und der Vereinigten Staaten zum Abschluß einer Konferenz über den Friedensprozeß im südlichen Afrika in Lusaka am 16.2.1984, abgedruckt in: *EA*, 16/1984, S. D 468 f.

[35] Vgl. hierzu Michael *Spicer*, The Lusaka Talks and Prospects for Namibian Independence (SAIIA), Johannesburg 1984.

[36] Die kubanisch-angolanische Erklärung ist abgedruckt in: *EA*, 16/1984, S. D 478-479.

dortigen Stationierung von UN-Soldaten die Implementierung von Resolution 435 begonnen wurde.

SIMBABWE ZWISCHEN BÜRGERKRIEG UND VERSÖHNUNG

Während des Berichtszeitraums dauerte der 1965 von der Minderheitsregierung unter Premierminister Ian Smith verhängte Ausnahmezustand in Simbabwe fort. Vor allem im südwestlichen Simbabwe, in Matabeleland, das schon seit Jahren unter der Dürre litt, herrschte Unruhe: Schwer bewaffnete ehemalige Guerillakämpfer, die im April 1980 in die damals aufgebauten Nationalen Streitkräfte nicht aufgenommen worden waren, hatten sich für ein Banditendasein entschieden. Desertierte Soldaten, die sich der Partei des entmachteten Joshua Nkomo zugehörig wußten und die angeblich in Südafrika eine zusätzliche Ausbildung erhalten hatten, trieben sich herum. Zusätzliche Unruhe wurde unter Nkomos Anhängern, den Ndebele (circa 20 Prozent der Bevölkerung), ausgelöst, als er im Februar 1983 für kurze Zeit inhaftiert wurde und dann, bis zu seiner Rückkehr nach Simbabwe im August 1983, nach London ins Exil ging.

Mitte Januar 1983 und abermals Anfang 1984 setzte die Regierung in Harare die Armee des Landes zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung ein. Traurige Berühmtheit erlangte hier vor allem die von nordkoreanischen Instrukteuren ausgebildete, sich ausschließlich aus shonasprachigen Soldaten rekrutierende „Fünfte Brigade".[37] Ihrem brutalen Einsatz fielen Tausende von Zivilisten zum Opfer. Wie zu Zeiten der Regierung Ian Smith, so prangerte auch jetzt die „Katholische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden" die begangenen Verbrechen an. Die daraufhin vor allem aus Skandinavien kommenden Proteste veranlaßten Premierminister Robert G. Mugabe, dem Morden unter den Ndebeles Einhalt zu gebieten. Er erkannte jedoch nicht, daß es sich hier in erster Linie um ein politisches, nicht aber um ein militärisches Problem handelte.[38]

Auch das offizielle Bekenntnis zum wissenschaftlichen Sozialismus als der staatstragenden Ideologie des Landes ließ viele Weiße den Glauben an die Zukunft ihrer Kinder in Simbabwe verlieren. Sie wanderten nach Südafrika ab. Besonders an den großen englischsprachigen Universitäten Südafrikas war zu spüren, wie sehr ihr Einfluß sich im Sinn einer Hinwendung zum Konservativen bemerkbar machte. In Simbabwe führte die Abwanderung von circa 60 Prozent der 220 000 einheimischen Weißen zu deutlichen

---

[37] Vgl. Michael *Spicer,* Zimbabwe. The Internal Security Dimension and Harare-Gaborone Relations, Brief Report of the SAIIA, Nr. 52, Dezember 1983.

[38] Vgl. hierzu das Interview mit Mugabe in: *The Herald,* 21.5. 1984, S. 7 („We want to see the party closely tied to Government").

wirtschaftlichen Rückschlägen.[39] Weitgehend verschont davon blieb allerdings die moderne Landwirtschaft. Daß 80 Prozent der etwa 6 000 weißen Farmer im Land blieben, war insbesondere dem Umstand zu verdanken, daß Mugabe den parteilosen Denis Norman, einen weißen Landwirtschaftsexperten, gegen allerhand Widerstände im Amt des Agrarministers beließ.

Im November 1984 kam es nach der Ermordung von Senator Moven A. Ndlovu, eines Mitglieds des Zentralkomitees von Mugabes Zimbabwe African National Union (ZANU) zu einer weiteren Entfremdung zwischen ZANU und Joshua Nkomos ZAPU. Mugabe machte die ZAPU für die Tat verantwortlich, kündigte das Koalitionsabkommen mit der ZAPU vom Frühjahr 1980 auf und entließ die drei noch verbliebenen Mitglieder der ZAPU aus dem Kabinett. Die weißen Simbabwer wurden abermals verunsichert und wandten sich, soweit sie nicht abwanderten, verstärkt der (weißen) Conservative Alliance of Zimbabwe (CAZ) des früheren Ministerpräsidenten Ian Smith zu.

[39] Vgl. dazu Lloyd *Sithole,* Management Loss is now critical, und Reginald *Ngunder,* Managers Must Accept Scientific Socialism, in: *The Financial Gazette,* 18.5.1984, S. 5, bzw. 1.6.1984, S. 5.